

Wortbeitrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Daniel Heidler zur Frage des Umgangs mit der Grundsteuer im Haushaltsjahr 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir treffen heute eine schwere Entscheidung. Keine der heute zur Abstimmung gestellten Varianten macht die sozialdemokratische Fraktion zufrieden.

Ich will persönlich ergänzen, dass diejenigen Mitglieder meiner Fraktion, die bereits 2012 einen harten Konsolidierungskurs beschritten haben, immer gehofft haben, dass diese immensen Bemühungen ausreichen, um in den 20er Jahren keine Steuerdebatte führen zu müssen. Aber alles Bemühen war ein Stück weit vergeblich, weil uns Summen von anderen Ebenen aufgebürdet werden, die jeden Konsolidierungserfolg zu Nichte machen.

Ich habe in meiner Haushaltrede dazu sehr ausführlich Stellung genommen und werde dies heute nicht wiederholen, denn alles, was ich im Dezember sagte, ist heute noch genau so richtig und genau so zu kritisieren.

Trotzdem haben wir uns aus Verantwortung für die Stadt Kamen dafür entschieden, einer Erhöhung der Grundsteuer um 250 Hebesatzpunkte zuzustimmen.

Warum ist uns das so schwergefallen?

Und fällt sie so schwer, weil sie nach unserem Verständnis diejenigen Menschen am härtesten trifft, die jeden Tag hart arbeiten und es trotzdem direkt spüren, wenn sie im Monat 8, 9 oder zehn Euro weniger haben.

Aber gleichzeitig sind es ebenfalls diejenigen Menschen, die ich gerade beschrieben habe, die von einer radikalen Kürzung kommunaler Infrastruktur am härtesten betroffen wären.

Wir brauchen aber gut ausgestattete Schulen, verlässliche Kinderbetreuung mit hoher Qualität, wir brauchen ein kulturelles Angebot für Menschen jeden Alters und noch vieles mehr.

Das ist unsere Vorstellung von Solidarität und Chancengleichheit.

Klar ist dabei auch, selbst Kürzungen in den zentralen Bereichen, die ich gerade aufgezählt habe, würden in keiner Weise die 6.178 Millionen Euro auffangen, die die Steigerung der Transferaufwendungen von 2023 auf 2024 beschreiben und uns zunächst dauerhaft erhalten bleiben.

Jedes Jahr werden uns Mehraufwendungen übertragen, ohne dafür Mittel zur Verfügung zu stellen.

Unter dieser Prämisse eine verlässliche Zukunftsperspektive in unserer Stadt zu schaffen, wird damit immer schwieriger.

Wir wollen aber genau diese Verlässlichkeit erreichen.

Wir wollen verlässliche Zukunftsaussichten schaffen.

Und Verlässlichkeit gelingt mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung nur mit einer Erhöhung der Grundsteuer um 250 Hebesatzpunkte.

Vor jedem Haushalt erneut die Frage aufzuwerfen, ob wir die kommunale Daseinsfürsorge erhalten können, schafft keine Verlässlichkeit.

Das gilt auch dann, wenn man dem Antrag der Fraktion GAL/Die Linke zustimmen würde.

Wir wissen nicht, wie sich die Konjunktur entwickelt und man schafft neue Ungerechtigkeiten, gerade für kleine Gewerbebetriebe, die ihre Gewinne auch benötigen, um ihre Betriebe für schwierige Phasen abzusichern und damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sicherheit geben.

Große Gewerbebetriebe können sich einer höheren Besteuerung leicht entziehen. Diese Möglichkeit sollte der Bundesgesetzgeber für die Zukunft verhindern. Dann hätte die Kommune an dieser Stelle auch eine andere Möglichkeit in der Diskussion.

Ich will hier aber ausdrücklich anerkennen, dass auch andere Fraktionen erkannt haben, dass es ohne eine Verbesserung der Einnahmeseite nicht weitergeht.

Und es geht mittlerweile dabei auch um die Frage der Zukunft der kommunalen Demokratie. Denn wir hier müssen nun auch die Basis dafür schaffen, dass künftige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker noch um die besten Ideen für die Stadt streiten können.

Und nicht nur um die Frage, wo gespart werden kann.

Wir geben uns mit dem heutigen Tag nicht zufrieden.

Wir werden auf die Situation der Kommunen immer und immer wieder hinweisen, bis sich in der kommunalen Finanzausstattung endlich etwas ändern wird.

Und ich sage an dieser Stelle auch, sollte die Grundsteuerreform im Jahr 2025 das Ergebnis bringen, dass Gewerbeimmobilien deutlich entlastet und private Mieter und Eigentümer deutlich belastet werden, werden wir das Thema Steuerverteilung selbst wieder auf die Tagesordnung bringen.

Sollten sich nach der Landtagswahl 2027 endlich Verbesserungen für die kommunale Finanzausstattung der Kommunen einstellen, sollten wir endlich gehört werden, werden wir die Menschen in Kamen auch wieder entlasten.

Glückauf!

(Es gilt das gesprochene Wort)